



Stadt
Rottenburg
am Neckar

Der Oberbürgermeister

Schwäbisches Tagblatt
Schwarzwälder Bote
Südwestrundfunk Tübingen

15.08.2018

Pressemitteilung

Wochen gegen Rassismus führen zu Strafverfahren gegen OB Neher

Die Stadt Rottenburg am Neckar veranstaltete vom 12. – 25. März 2018 die Internationale Wochen gegen Rassismus mit einem reichhaltigen Programm in der Stadt. Im schriftlichen Grußwort verweise ich auf den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 und warne davor, dass durch das Erstarken extremer politischer Parteien ein friedliches Zusammenleben in Respekt und Toleranz gefährdet sei.

Vielen Akteuren ist es zu verdanken, dass sich die Stadt Rottenburg klar gegen jegliche Tendenz der Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz wendet und als weltoffene Stadt wahrgenommen wird. Mir ist diese Grundeinstellung sehr wichtig, da gerade unser Ehrenbürger Eugen Bolz diese Werte verteidigte und letztendlich mit seinem Leben bezahlte.

Das Aktionsprogramm bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus fand in der Stadt große Zustimmung und viele positive Reaktionen.

Wohl aber nicht bei allen.

Ich wunderte mich nunmehr, als ich am 03.08.2018 Post von der Kriminalpolizei erhielt, die mich im Auftrag der Staatsanwaltschaft Tübingen als Beschuldigten zum Tatvorwurf der Beleidigung der AfD vernehmen soll. Die Aussage „*Mit der Bundestagswahl 2017 ist die AfD in den Bundestag eingezogen, eine Partei bei der Ausländerfeindlichkeit und Rassismus im Programm stehen*“ hat dazu geführt, dass ein Mitglied der AfD gegen mich Anzeige erstattet hat. Hierauf hat die Staatsanwaltschaft Tübingen ein Strafverfahren wegen Beleidigung eingeleitet.

Als ich 2014 im Wahlkampf zur damaligen Europawahl, bereits vor den radikalen Tendenzen der AfD und der Gefahr für das geeinte Europa und die Demokratie in Deutschland warnte, war noch nicht abzusehen, dass sich diese Einschätzung bewahrheiten würde. Die AfD hat sich nach 2014 deutlich in ihren Forderungen und Formulierungen radikalisiert und schon sehr oft den Ton in einer heftigen politischen Auseinandersetzung verfehlt.

Dass die AfD populistisch gegen Flüchtlinge und Ausländer*innen Stimmung macht ist offensichtlich, wenn die Landtagsfraktion in Baden-Württemberg unsere Landtagspräsidentin Aras aufgrund ihrer türkischen Wurzeln nicht als Präsidentin akzeptiert, wenn Herr Gauland die frühere Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz (SPD) am liebsten in Anatolien entsorgen will oder wenn Alice Weidel im Bundestag davon spricht, dass «Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse» nicht den Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat in Deutschland sichern. Noch viele weitere, wohl auch radikalere und menschenverachtendere Zitate und Stellungnahmen von weniger bedeutsamen AfD-Politiker*innen ließen sich hier aufführen. Worin nunmehr aber die Beleidigung zu sehen ist, wenn darauf hingewiesen wird, dass die handelnden Personen der AfD ihre ausländerfeindlichen und rassistischen Programminhalte anpreisen, erschließt sich mir nicht.

Mir ist es wichtig, dass möglichst viele unsere Grundwerte verteidigen, damit in Deutschland und Europa eine menschenfreundliche und weltoffene Grundeinstellung erhalten bleibt. In einigen europäischen Staaten haben die Populisten bereits Regierungsverantwortung und arbeiten tatkräftig an der Umkehr bisher geltender europäischer und christlicher Werte. Deshalb ist es so wichtig, in Deutschland und in Baden-Württemberg vor der AfD zu warnen, damit uns solche Umkehrungen erspart bleiben und wir als Bürger*innen in diesem Land sicher und in Freiheit leben können.

Mit freundlichen Grüßen

